Schluss mit „Land unter“ in Moordorf

INFRASTRUKTUR Neue Entwässerungsstrategie soll Dörfer vor Starkregen schützen – Experten sehen Fortschritt

VON GÜNTHER GERHARD MEYER



Starkregen hat in Moordorf immer wieder zu Überflutungen geführt. BILD: ARCHIV

AURICH – Die Sorge vor Starkregen und Überflutungen ist groß in Moordorf und den umliegenden Dörfern - jetzt soll Schluss sein. Immer wieder hieß es in der Vergangenheit „Land unter“ – doch nun gibt es Hoffnung auf mehr Sicherheit. Die Gemeinde Südbrookmerland und der Oldenburgisch-Ostfriesische Wasserverband (OOWV) haben ihren Generalentwässerungsplan (GEP) für Moordorf fertiggestellt. Nach vier Jahrzehnten liegen erstmals Ergebnisse vor. „Moordorf braucht gepflegte Gräben, um die Wassermassen bewältigen zu können“, fasst es Bürgermeister Thomas Erdwiens zusammen.

Vor einem Jahr hat das Institut für technisch-wissenschaftliche Hydrologie (ITWH, Hannover) mit den Arbeiten am Generalentwässerungsplan für die Regenwasserentwässerung in Moordorf begonnen.

Aufwendige Bestandsaufnahme

Seit den 1990er-Jahren hat sich Moordorf stark verändert, die Bebauung führte zu einer Verdopplung der versiegelten Flächen. Die Gemeinde agierte lange mit einem Flickenteppich aus Teilplanungen. Veraltete und teils widersprüchliche Bestandsunterlagen behinderten den Neustart. Gräben und Kanäle wurden jahrelang nur unzureichend gepflegt, Schwarzbauten und verwilderte Strukturen machten eine belastbare Planung schwer bis unmöglich.

Dann wurden vom OOWV Gräben gereinigt, Kanäle gespült und bislang nicht dokumentierte Verrohrungen digital erfasst. Das Kanalnetz wurde vom Institut für technisch-wissenschaftliche Hydrologie (ITWH) in Hannover vermessen. „Wir mussten zunächst herausfinden, was in Moordorf überhaupt vorhanden ist“, betont Bürgermeister Erdwiens. Dies bildete die Basis für das neue Kanalinformationssystem.

Vier Phasen zur besseren Entwässerung

Insgesamt wurden 50 Kilometer Gräben, 17 Kilometer Kanäle und 9 Kilometer Verrohrungen erfasst, teilt Anneke Schönfeld (ITWH). Erste Ergebnisse zeigten: Der Zustand vieler Gräben ist schlecht, fehlende Pflege mindert die Leistungsfähigkeit erheblich. An zehn Standorten hat das Grundwasser einen großen Einfluss in Moordorf, weil Geländeoberkante und Höchststand des Grundwassers nur 80 bis 100 Zentimeter auseinander liegen – manchmal nur 30 Zentimeter. Schon geringer Regen verursacht so für einen Rückstau und Überflutung.Geprüft wurde, wie oft das Netz an seine Belastungsgrenzen stößt. Laut Regelwerk der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft (DWA) sollen Überstaus in Wohngebieten nur jedes zweite Jahr auftreten. Die Analyse ergab: An 223 Stellen kommt es häufiger dazu, als technisch erlaubt.

Handlungsbedarf in 135 Gebieten

Die Problemzonen wurden in 135 Maßnahmen gebündelt. In 93 Gebieten reicht eine Neuordnung der Sohlgefälle und Fließweggestaltung. In 42 Bereichen sind strukturelle Veränderungen nötig – etwa ein Hauptvorfluter im Umfeld der Freien Christlichen Schule, im Wohngebiet Iltisweg/Wieselweg oder am Düker Adelmund im Bereich Ritzweg, Kirchweg und Mittelweg. Für ein Baugebiet (3.02) im Bereich Ekelser Straße/Mittelweg und Ringstraße ist eine Erweiterung der Verrohrung unter der Ringstraße in Richtung Herrenhüttener Straße erforderlich.So sollen Überstaus nur noch alle drei Jahre vorkommen. Weitergehende Lösungen – etwa Rückhalteräume – wären wegen des geringen Geländegefälles wirtschaftlich kaum umsetzbar.

Gemeinsam, gefördert und transparent

Der Projektleiter beim OOWV, Stefan Gordon, sieht die Entwässerungsplanung als Gemeinschaftsaufgabe: „Nur durch abgestimmte Maßnahmen aller Beteiligten bleibt das System stabil.“ Mit dem neuen GEP liege nun eine systematische und belastbare Grundlage für die Zukunft vor. Der Plan bildet auch die Basis für das Starkregenvorsorgekonzept der Gemeinde Südbrookmerland, das mit Landesmitteln gefördert wird.

HINTERGRUND

Der Generalentwässerungsplan zeigt, wie in einem Ort Schmutzwasser und Regenwasser durch Kanäle und Gräben abgeleitet wird – also wohin das Wasser fließt und wie das System funktioniert.

Alle wichtigen Teile des Entwässerungssystems werden zuerst erfasst und dokumentiert, zum Beispiel Kanäle, Schächte, Pumpwerke und die örtlichen Gewässer.

Fachleute prüfen, wie gut das System funktioniert und ob es bei starkem Regen überlastet werden kann. Sie schauen sich den Zustand der Anlagen genau an.

Mit Berechnungen wird herausgefunden, an welchen Stellen das System Probleme hat, wo Wasser sich stauen kann und wo es besonders anfällig für Schäden ist.

Berücksichtigt wird, wie das Wasser umweltgerecht abgeleitet werden kann und welche Schutzvorschriften eingehalten werden müssen.

Die Ergebnisse führen zu konkreten Maßnahmen, zum Beispiel Reparaturen, der Ausbau von Kanälen oder neue Lösungen für die Regenwasserbehandlung.

Am Ende soll das Entwässerungssystem so verbessert werden, dass es jetzt und auch in Zukunft zuverlässig funktioniert und die Menschen vor Überflutungen schützt.

Gebühr für Sperrmüll bleibt

ABFALL Grüner Vorschlag scheitert im Kreisausschuss

VON WERNER JÜRGENS

LANDKREIS AURICH – Im Landkreis Aurich bleibt die Sperrmüllentsorgung weiterhin kostenpflichtig. Für die reguläre Abholung von bis zu fünf Kubikmetern berechnet die Material- und Kompostwirtschaft (MWK) GmbH derzeit 70 Euro, ebenso bei Selbstanlieferung – dort allerdings pro Tonne Gewicht.

Ein Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, der einmal jährlich eine kostenlose Sperrmüllabholung und eine gebührenfreie Selbstanlieferung vorsah, wurde am Dienstag im Finanzausschuss abgelehnt. Ziel war es, die zunehmende illegale Müllentsorgung einzudämmen.

Die Mehrheit der Ausschussmitglieder und die Verwaltung bewerteten das Vorhaben trotz nachvollziehbarer Beweggründe als kontraproduktiv im Sinne der Müllvermeidung. Die Grünen argumentierten, dass vor allem der „dramatische Anstieg“ illegaler Müllkippen in den vergangenen Jahren hohe Kosten für die Kommunen verursache.

Gila Altmann (Grüne) verwies auf Beispiele aus anderen Landkreisen, wo eine kostenlose Sperrmüllabfuhr rechtlich möglich und über Müllgebühren finanzierbar sei. Laut einer nicht-repräsentativen Umfrage der Grünen wären viele Bürger bereit, dafür höhere Gebühren zu zahlen. Sie schlug eine generelle Erhöhung der Müllgebühren für alle um 20 Euro im Jahr vor.

Die tatsächlichen Mehrkosten bezifferte MKW-Geschäftsführer Erdogan Coskun auf rund zwei Millionen Euro jährlich. Das entspräche einem Aufschlag von 17,75 Euro auf den aktuellen Tarif von 126,60 Euro pro Gebührenzahler.

Ausschussmitglieder kritisierten, dass damit das Verursacherprinzip verletzt und die Kosten auf alle Bürger übertragen würden. Zudem könnten falsche Anreize geschaffen werden, brauchbare Gegenstände leichtfertig zu entsorgen, statt sie beispielsweise zu verschenken.

Außerdem ist Sperrmüll selten das Hauptproblem bei illegalen Müllkippen – häufiger werden dort Schadstoffe wie Lacke oder Altöle unsachgemäß entsorgt.

Nach Erfahrung der MWK können illegale Müllkippen letztlich nur durch konsequente Kontrollen eingedämmt werden. Auch in anderen Kommunen, in denen Sperrmüll zeitweise kostenlos abgeholt wurde, kam es weiterhin zu illegaler Müllentsorgung. Daher wurden diese Angebote vielerorts wieder eingestellt, zum Beispiel in Leer und Oldenburg.

